



CHINA DAILY / REUTERS

Wasserentnahme im Fluss Jianhe: Skrupellosigkeit im Produktionsalltag

ernhöfen auskennen als mit globalen Warenströmen.

Pflanzliche Lebensmittel werden noch lascher überwacht, sie gelangen meist ohne jede Kontrolle in die EU, egal ob frische Ware, Tiefkühlkost oder Konserven. Ausgenommen ist nur eine kleine Zahl spezieller Lebensmittel, die in der Vergangenheit negativ aufgefallen sind oder unter aktuellem Verdacht stehen. Aus China sind das derzeit ziemlich viele: Erdnüsse, Soja, Reis, Nudeln, Pampelmusen und Tee. Diese Produkte werden entweder häufig kontrolliert, seltener verhängen einzelne Länder sogar einen Einfuhrstopp.

Die lückenhafte Kontrolle erschwert auch die Ursachenforschung bei Problemen. In knapp der Hälfte der 3697 Fälle, in denen die EU im vergangenen Jahr Warnhinweise herausgegeben hat, konnten die Verbraucherschützer „die Ware nicht mehr bis zu den ursprünglichen Herstellern zurückverfolgen“, sagt China-Fachmann Nöhle. Immerhin ist der Lieferant der Erdbeeren jetzt bekannt. Die Früchte wurden in der chinesischen Provinz Shandong angebaut, geerntet, tiefgefroren und von der Firma Foodstuff Co. Ltd. vom Hafen Qingdaos nach Hamburg verschifft.

Dort nahm die Firma Elbfrost Tiefkühlkost, ein Zwischenhändler, die 44 Tonnen entgegen und verzollte sie. Einen Tag später transportierte das Unternehmen die Erdbeeren auf Lkw nach Mehltheuer in Sachsen. Hauptabnehmer für Elbfrost war die Sodexo, ein internationales Cateringunternehmen mit Sitz in Frankreich, das 65 Regionalküchen in Deutschland betreibt. Beamte des Bundesinstituts für Risikobewertung und Staatsanwälte in Darmstadt ermitteln nun mühsam, wo die Erdbeeren verunreinigt wurden.

Die Geschäftsführung von Elbfrost erklärt, sie werde künftig keine Waren mehr aus China beziehen. Die Firma kön-

ne nicht garantieren, dass chinesische Lieferanten „qualitativ einwandfreie Ware“ schickten. Wenn aber die Qualität derart unsicher ist, warum bestellte Elbfrost überhaupt aus China? Bislang bezog das sächsische Unternehmen nicht nur Erdbeeren, sondern auch Pilze und Spargel von dort. Elbfrost behauptet, man sei auf Importe angewiesen, die Geschäftsführung betont den „günstigen Preis“ chinesischer Waren. Deutschland führte vergangenes Jahr über 31 000 Tonnen verarbeitete Erdbeeren aus China ein, im Durchschnitt kostete ein Kilo 1,10 Euro.

Die weltgrößten Handelsketten Walmart, Carrefour, Tesco und Metro, aber auch Hersteller wie Coca-Cola, Unilever, Barilla, Campbell's oder Nestlé haben erkannt, dass sie sich weder auf die Zulieferer noch auf die staatlichen Kontrollen verlassen können. Sie können es sich aber auch nicht leisten, verseuchte Lebensmittel in den Verkehr zu bringen – der Imageschaden wäre immens. Deshalb haben sich die Großen der Branche in der Global Food Safety Initiative zusammengeschlossen, um eigene Qualitätskontrollen zu entwickeln. „Wir vereinbaren mit unseren Zulieferern bestimmte Standards, die wir für richtig halten“, sagt Peter Overbosch, stellvertretender Leiter des weltweiten Qualitätsmanagements der Metro AG.

Kleinere Firmen, die zum Beispiel Caterer und Restaurants beliefern, werden davon nicht erfasst. Letztlich ist jedoch auch der Konsument mitverantwortlich. Generell sei China durchaus in der Lage, hochwertige Produkte herzustellen, sagt ein Lebensmittelkontrolleur aus Hamburg, „aber man bekommt das, was man bezahlt“.

Mit anderen Worten: Wer billig einkauft, bekommt billiges Essen.

SUSANNE AMANN, CHARLOTTE HAUNHORST,
UDO LUDWIG, MAXIMILIAN POPP,
SANDRA SCHULZ, ANDREAS ULRICH,
BERNHARD ZAND

RÜSTUNGSEXPORTE

Borats Waffen

In Reutlingen stehen zwei Geschäftsleute wegen Waffenhandels mit Kasachstan vor Gericht. Dabei spielten deutsche Behörden eine zwielichtige Rolle.

Die Richter am Amtsgericht in Reutlingen beschäftigen sich in der Regel mit alltäglichen Verfehlungen schwäbischer Mitbürger. Hinter der schön verzierten Fassade werden Schlägereien auf Stadtfesten, Trunkenheit am Steuer oder Schießübungen mit Kartoffelkanonen geahndet. Seit vergangener Woche jedoch wird in der beschaulichen Kreisstadt am Fuße der Schwäbischen Alb ein internationales Politikum verhandelt.

Angeklagt sind zwei Geschäftsleute, die von Metzingen aus die Lieferung von Waffen und Munition in die zentralasiatische Republik Kasachstan vermittelt haben sollen. Die Staatsanwaltschaft Tübingen wirft den beiden 26 Taten vor, es geht vor allem um illegalen Waffenhandel und Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Empfänger der Waffen waren die Garde des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew sowie die Anti-Terror-Einheit Arystan.

Der Fall könnte auch die Bundesregierung in Erklärungsnot bringen. Denn der Prozess wirft nicht nur ein Schlaglicht auf die Geschäfte eines international agierenden Waffenhändlers, sondern auch auf die zweifelhafte Genehmigungspraxis deutscher Behörden. Die Bundesrepublik ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, die Frage der Menschenrechte steht dabei gelegentlich zurück.

Bevor die aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden Angeklagten vor Gericht landeten, unterhielten sie gute Beziehungen zu deutschen Behörden – und bekamen sogar die Genehmigung, Maschinenpistolen der Firma Heckler &



Kaufmann Boris M. (M.)
Nähe zur deutschen Politik



Kasachische Anti-Terror-Einheit Arystan bei einem Übungseinsatz

Koch nach Kasachstan zu exportieren. Das Auswärtige Amt war über ihre Aktivitäten informiert.

Doch nun listet die Anklageschrift teilweise Rüstungsgüter auf, mit denen Boris M. und sein Gesellschafter Alexander G. zwischen 2005 und 2009 einen florierenden Handel betrieben haben sollen. Sie verkauften über die von ihnen gegründete Firma Juwenta demnach Sturmgewehre Kaliber 5,56 Millimeter aus der Schweiz, Hochpräzisionspatronen aus Finnland und Scharfschützengewehre aus Frankreich. Juwenta stellte meist den Kontakt zwischen den Herstellern und der kasachischen Regierung her, bestellte die Waffen, regelte Transport und Bezahlung. Staatsanwältin Rotraud Hölscher wirft Boris M. nun vor, er habe dafür keine Waffenhandelserlaubnis besessen.

Die Deals waren für ihn offenbar ein Millionengeschäft, die Staatsanwaltschaft will bei einigen Fällen eine Gewinnspanne von „knapp 100 Prozent bis deutlich darüber“ ermittelt haben. M.s Verteidiger Andreas Jede weist die Vorwürfe zurück, sein Mandant habe nicht gewusst, dass er für die Vermittlung der Geschäfte eine Lizenz gebraucht hätte. Der Mitangeklagte, Alexander G., habe nur auf Anweisung gehandelt und könne kein Mittäter gewesen sein.

Ein Fund des Zolls am Frankfurter Flughafen lieferte im April 2010 den entscheidenden Hinweis. Den Beamten war ein Gepäckstück aufgefallen, welches laut Rechnung „Granatpatronen 40 mm“ enthielt. Absender: Die Firma von M. in Metzgingen. Tatsächlich enthielt das Paket 510 Rauchgasgranaten, 15 030 Granaten mit Gummigeschossen, 1020 Tränengasgranaten sowie 1000 scharfe Patronen. Bestimmt war die Sendung für die Eliteeinheit Arystan. Die Zollfahnder gründeten eine Ermittlungsgruppe mit dem Namen „Borat“.

Am 19. Oktober 2010 durchsuchten sie die Wohn- und Geschäftsräume in Metz-

zingen und stießen auf Rechnungen diverser Waffengeschäfte.

Boris M. ging den Beamten eher zufällig ins Netz. Bei einem Verkehrsunfall an seinem Urlaubsort am Timmendorfer Strand bat der Händler die Polizei um Hilfe. Als die Beamten die Personalien aufnahmen, stellten sie fest, dass M. zur Fahndung ausgeschrieben war – seitdem sitzt er in Untersuchungshaft.

Schon früher geriet die Firma Juwenta in die Schlagzeilen. 2010 wurde bekannt, dass Boris M. in einen Umweltskandal verwickelt war (SPIEGEL 15/2011). Seit Monaten läuft vor dem Landgericht Dortmund der Prozess gegen Manager der Entsorgungsfirma Envio, die im Verdacht steht, Arbeiter mit dem Stoff PCB vergiftet zu haben. Envio hatte verseuchte Kondensatoren recycelt. Einen Teil der Geräte lieferte M.s Firma Juwenta von einer alten Radarstation in Kasachstan.

Boris M. suchte stets die Nähe zur Politik. Als der kasachische Umweltminister in die westfälische Provinz reiste, um bei den Behörden für die Entsorgung kasachischen Giftmülls bei der Firma Envio zu werben, waren Vertreter von Juwenta anwesend. Im Jahr 2007 nahm M. an einer Reise des damaligen Bundeswirtschaftsministers Michael Glos (CSU) nach Kasachstan teil. Und auch bei den Waffengeschäften gab es offenbar enge Kontakte zu den Bundesbehörden.

Sein Mandant habe die kasachische Regierung sogar davon überzeugt, an einem Programm der Bundesregierung teilzunehmen, argumentiert der Anwalt von Boris M. Seit 2003 achtet die deutsche Regierung bei der Ausfuhr von Waffen ins Ausland darauf, dass für exportierte Kleinwaffen alte Bestände vernichtet werden. Sein Mandant habe einen Besuch deutscher Offizieller bei der Vernichtung alter Waffen vor Ort organisiert, behauptet Jede. In diesem Zusammenhang sei M. von den Kasachen beauftragt worden, Kleinwaffen zu importieren.

Im November 2007 genehmigte das Bundeswirtschaftsministerium der Firma Juwenta die „Beförderung“ von 14 Maschinenpistolen der Firma Heckler & Koch nach Kasachstan an die Anti-Terror-Einheit Arystan. Dass die Menschenrechte wenig geachtet werden, war offenbar kein Hindernis. Aus Kasachstan, erklärt Amnesty International im Report 2012, gebe es „unvermindert Berichte über Fälle von Folter und anderen Misshandlungen durch Sicherheitskräfte“. Angehörige von Arystan, heißt es in einer Depesche der deutschen Botschaft vom Oktober 2009, seien beim Tod eines Oppositionspolitikers involviert gewesen. Der „aufsehenerregende Mord“, so das vom Botschafter unterzeichnete Kabel, sei „nach wie vor ein dunkler Fleck der jüngsten kasachischen Geschichte“.

Heckler & Koch bestätigt die Geschäftsbeziehung zu Juwenta und Lieferungen an den „befreundeten Staat Kasachstan“. Das Auswärtige Amt wollte zu dem konkreten Fall keine Stellung nehmen. Generell erfolgten Rüstungsexporte in Einklang mit den Exportrichtlinien der Bundesregierung und den Vorgaben der EU.

Irgendwann muss auch der Bundesregierung aufgefallen sein, wie heikel die Lieferung von Waffen für ein Regime ist, dessen Behörden unter Folterverdacht stehen. Als Boris M. 2010 einen gepanzerten Mercedes der G-Klasse exportieren wollte, ausgestattet mit fünf Waffenhalterungen, lehnten die Behörden ab. Die Schweizer Regierung hatte schon vorher den geplanten Verkauf von 18 Granatwerfern und 14 Sturmgewehren gestoppt.

Wie das Geschäft von Metzgingen aus aufgezo-gen wurde, blieb deutschen Behörden nicht verborgen. Im April 2008 stattete ein Beamter des für Kriegswaffenexporte zuständigen Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrollen Juwenta eine Kontrollvisite ab. Ergebnis: keine Beanstandungen.

SVEN BECKER, SIMONE KAISER, BARBARA SCHMID